



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Haushalts- und Finanzausschuss
- Ausschuss-Sekretariat -

Düsseldorf, den Dez. 2001

An die
Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses
im Hause



**Anträge der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsplan-
entwurf 2002**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktionen der **SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** haben mir Anträge zum Entwurf des Haushaltsplans 2002 zugeleitet, die in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2001 gestellt werden sollen.

Diese Anträge - zur Unterscheidung auf weißem Papier gedruckt - übersende ich Ihnen hiermit.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Winands
(Ausschussassistentin)

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2002

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller Arbeitskreis	Antrag (evtl. Begründung)	Stellungnahme
02/01	SPD-Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Kapitel 02 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 681 00 Geldgeschenke aus Anlass von Jubiläen und Mehrlingsgeburten sowie Belohnungen für Rettungen aus Lebensgefahr</p> <p>Änderung der Zweckbestimmung:</p> <p>Geschenke aus Anlass von Jubiläen und Mehrlingsgeburten sowie Belohnungen für Rettungen aus Lebensgefahr</p> <p>Baransatz bleibt unverändert.</p> <p>Die Erläuterungen sind entsprechend anzupassen.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Zukünftig sollen auch Sachgeschenke ermöglicht werden.</p>	<p>SPD CDU FDP Grüne</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen
zum Einzelplan 05
im Haushalts- und Finanzausschuss**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergeb- nis
05/01	SPD Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 040 Forschungsförderung</p> <p>Titel 686 48 Zuschuss an die Life & Brain GmbH für Mietzahlungen an den Bau- und Liegenchaftsbetrieb</p> <p>Änderung der Zweckbestimmung: Zuschuss an die Technologieplattform Life & Brain für Mietzahlungen an den Bau- und Liegenchaftsbetrieb</p> <p>Der Ansatz und die Verpflichtungsermächtigung bleiben unverändert.</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsantrag
zum Einzelplan 05
im Haushalts- und Finanzausschuss

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller Fraktionen	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
05/02	SPD-Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Kapitel 05 040 Forschungsförderung Titelgruppe 71 Offensive "Zukunftsorientierte Spitzen- forschung" (Bd. V/1, S. 138)</p> <p>Titel 547 71 Sonstige Sächliche Ausgaben</p> <p>Der Baransatz und die Verpflichtungsermächtigung bleiben unverändert.</p> <p><u>Ausbringung eines Haushaltsvermerks:</u> Die Mittel sind bis zur Höhe von 1.000.000 Euro gesperrt.</p> <p><u>Begründung:</u> Die vom Fachausschuss beschlossenen zusätzlichen Haushaltsmittel sind bis zur Vorlage eines Gesamtkonzeptes gesperrt.</p>	SPD CDU FDP Grüne

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalt- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2002**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11/01	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 11 070 Krankenhausförderung Titel 333 01 Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände an den nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze förderungsfähigen Investitionskosten</p> <p><u>Erhöhung der Einnahmen</u> von 0 Euro um 81.300.000 Euro auf 81.300.000 Euro</p> <p><u>Begründung</u> Die Beteiligung der Kommunen an den Krankenhausinvestitionen soll nicht durch einen Vorwegabzug im GFG, sondern durch Veranschlagung einer Einnahme in entsprechender Höhe erfolgen. Der Anteil wird durch eine Umlage erhoben. Diese Umlage errechnet sich wie folgt: 20 vom Hundert der Ansätze bei Kapitel 11070, Titelgruppen 60 und 61.</p>	<p>SPD CDU FDP Grüne</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Einzelplan 14**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/01	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 14 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 972 00 Globale Minderausgabe zum anteilmäßigen Ausgleich des Haushaltsplanes</p> <p>Verminderung des Baransatzes</p> <p style="margin-left: 40px;">von --- EUR</p> <p style="margin-left: 40px;">um -1.050.000 EUR</p> <p style="margin-left: 40px;">auf -1.050.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Globale Minderausgabe zum Ausgleich der Erhöhungen im Einzelplan 14</p>	<p>SPD</p> <p>CDU</p> <p>FDP</p> <p>Grüne</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2002

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller Arbeitskreis	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/02	SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 050 (Förderung des Wohnungsbaus)</p> <p>Titel 231 10 Anteil des Bundes an den Aufwendungen des Landes für Wohngeld (S. 74)</p> <p>Minderung des Baransatzes</p> <p>von 500.000.000 Euro um 5.250.000 Euro auf 494.750.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Folgeantrag zur Änderung bei den Titel 632 10 und 632 20.</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2002

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller Arbeitskreis	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/03	SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Kapitel 14 050 (Förderung des Wohnungsbaus) Titel 632 20 Wohnung nach dem fünften Teil des Wohngeldgesetzes (S. 78) Minderung des Baransatzes von 530.000.000 Euro um 8.000.000 Euro auf 522.000.000 Euro <u>Begründung:</u> Anpassung an die zu erwartende Ist-Entwicklung	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2002

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller Arbeitskreis	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/04	SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 050 Förderung des Wohnungsbaus</p> <p>Titel 891 10 Zuschüsse an die Wohnungsbauförderungsanstalt (Komplementärfinanzierung) S 80/81</p> <p>Der Haushaltsvermerk 3. erhält folgende Fassung: „3. Mehreinnahmen bei Kapitel 20 610 Titel 129 20 fließen bis zu einer Höhe von 9,8 Millionen Euro in 2002 den Ausgaben dieses Titels zu.“</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Einzelplan 14

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/05	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 14 090 Programm „Rationelle Energienutzung“ (Breitenförderung, REN-Impulsprogramm und Niedrigenergiehausförderung)</p> <p>Titel 892 10 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (Breitenförderung, REN-Impulsprogramm)⁹</p> <p>Verpflichtungsermächtigung: 6 442 000 EUR</p> <p>Erhöhung des Baransatzes von 6.300.000 EUR um 400.000 EUR auf 6.700.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Die Förderung des bewährten REN-Programms soll verstärkt werden.</p>	SPD CDU FDP Grüne

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Einzelplan 14**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/06	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung</p> <p>Titel 633 10 Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit siehe Vermerk bei Titel 685 10</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="margin-left: 40px;">von 1.000.000 EUR um 250.000 EUR auf 1.250.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Die Haushaltsansätze der beiden NRW-Kultursekretariate in Gütersloh und Wuppertal, die mittlerweile mit 65 Mitgliedskommunen kooperieren, sind seit Jahren unverändert. Die Erhöhung dient dem Ziel, die Kulturarbeit in einer „Allianz für Kreativität“ zu bündeln und der wachsenden Bedeutung der Kulturarbeit gerade auch in kleinen und mittleren Kommunen gerecht zu werden. Die zusätzlichen Mittel sollen hauptsächlich dem Kultursekretariat Gütersloh zugute kommen, das bisher schlechter ausgestattet ist als das Sekretariat in Wuppertal.</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Einzelplan 14

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/07	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 62 Theaterförderung</p> <p>Titel 633 62 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="text-align: right;">von 17.045.000 EUR um 150.000 EUR auf 17.195.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Die zusätzlichen Mittel dienen der verstärkten Projektförderung für Kinder- und Jugendtheater.</p>	SPD CDU FDP Grüne

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Einzelplan 14**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/08	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 14 620 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 90 Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch</p> <p>Titel 685 90 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p style="margin-left: 40px;">von 1.570.000 EUR um 250.000 EUR auf 1.820.000 EUR</p> <p><u>Begründung:</u> Die zusätzlichen Mittel sollen dem „Dialog der Kulturen“ zugute kommen und dem internationalen Kulturaustausch zusätzliche Impulse geben, der nach dem 1. September 2001 noch wichtiger geworden ist.</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen
im Sportausschuss
zum Haushaltsgesetz 2002

Personalhaushalt/Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/...

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
14/09	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 14 700 Förderung des Sports Titel 686 60 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>hier: für die Talentsuche und Talentförderung sowie UT 6 c) für Stützpunktmaßnahmen der Sportfachverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes :</p> <p>von 102.000 EUR um 48.000 EUR auf 150.000 EUR</p> <p>Begründung: Die Nachwuchsförderung im Leistungssport soll weiter ausgebaut und intensiviert werden.</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen
zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuss

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20/01	SPD Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 162 00 Zinseinnahmen aus der Anlage kurzfristiger Liquiditätsüberschüsse</p> <p>Der Ansatz wird von 15.000.000 EUR um 8.000.000 EUR auf 23.000.000 EUR erhöht.</p> <p><u>Begründung:</u> Anpassung an die zu erwartende Einnahmeentwicklung</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen
zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuss

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20/02	SPD Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 371 20 Globale Mehreinnahmen aus Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl. (Hauptgruppe 1) in allen Einzelplänen</p> <p>Der Ansatz wird von 30.000.000 EUR um 7.000.000 EUR auf 37.000.000 EUR erhöht.</p> <p>Begründung: Der LRH hat Mitte der 90er Jahre umfassend die Gebühren des Landes geprüft. Zusammengefasst hat er darauf hingewiesen, dass viele Gebührentatbestände hohe Alterungsgrade aufweisen, d.h. seit Jahren nicht mehr erhöht worden sind, so dass viele Gebühren nicht einmal mehr die Kosten der betreffenden Verwaltungshandlung decken. Der Grundgedanke der früheren Prüfung durch den LRH ist nach wie vor aktuell. Wie neuere Untersuchungen des LRH in einzelnen Verwaltungszweigen ergeben haben, sind die Gebühren nicht immer der Kostenentwicklung angepasst worden, zumal die Kosten der Verwaltung nach wie vor nur geschätzt werden können.</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen
zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuß

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20/03	SPD Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 972 20 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen</p> <p>Der Ansatz wird von 21.011.000 EUR um 34.800.000 EUR auf 55.811.000 EUR erhöht.</p> <p>Begründung: Finanzieller Ausgleich der bisher in den Fachausschüssen und im Haushalts- und Finanzausschuß gestellten Erhöhungsanträge.</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Einzelplan 20

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20/04	SPD Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</p> <p><u>hier:</u> Beteiligung der Kommunen an der Förderung der Investitionen in Krankenhäuser über einen Vorwegabzug im allgemeinen Steuerverbund.</p> <p>Der Vorwegabzug entfällt, damit erhöht sich der zur Verfügung stehende Verbundbetrag im kommunalen Steuerverbund um 81,3 Mio. EURO. Dadurch sind Folgeanträge im GFG/SBG erforderlich.</p> <p><u>Begründung:</u> Bei der Krankenhausfinanzierung besteht kein Sachzusammenhang zum GFG.</p>	<p>SPD CDU FDP Grüne</p>

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuss für Haushalt und Finanzen
zum Einzelplan 20

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
20/05	SPD/ Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen)</p> <p>Titel 883 11 Zuweisungen für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung</p> <p>Ausbringung eines neuen Haushaltsvermerks: 4. Die Verpflichtungsermächtigung ist bis zu einer Höhe von 23.007 000 Euro gesperrt.</p> <p><u>Begründung:</u> Durch die Sperre der Verpflichtungsermächtigung soll finanzieller Gestaltungsspielraum für die nächsten Jahre gewonnen werden. Die Mittel sind gesperrt, bis ein schlüssiges Konzept über die baulichen Gesamtmaßnahmen vorliegt.</p>	SPD CDU FDP Grüne

Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2002

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
HG/01	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Änderung des Haushaltsgesetzes:</p> <p><i>Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:</i></p> <p>Art II Ziffer 1 erhält folgende Fassung</p> <p>(1) Gesetz zur Änderung des Krankenhausgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p><i>Das Krankenhausgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (KHG NRW) vom 16. Dezember 1998 (GV. NRW S. 696), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. September 2001 (GV.NRW. S. 708), wird wie folgt geändert:</i></p> <p><i>§ 19 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:</i></p> <p>„(1) Investitionskosten von Krankenhäusern werden nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und den Vorschriften dieses Abschnitts auf Antrag gefördert. Die Förderung wird durch Zuschüsse und Zuweisungen gewährt. Die Gemeinden werden an den im Haushaltsplan des zuständigen Ministeriums veranschlagten Haushaltsbeträgen der förderfähigen Investitionsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 Krankenhausfinanzierungsgesetz in Höhe von 20 vom Hundert beteiligt. Für die Heranziehung ist die Einwohnerzahl maßgebend. Die Sätze 1 bis 4 gelten auch für notwendigerweise mit</p>	SPD CDU FDP Grüne

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>einem Krankenhaus verbundene Ausbildungsstätten (§ 2 Nr. 1 a KHG). Eine Verrechnung mit Leistungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz ist möglich.“</p> <p><u>Begründung:</u> Durch diese Regelung werden die Gemeinde durch eine Krankenhausumlage an der Aufbringung der notwendigen Investitionsmittel für die Krankenhausförderung beteiligt. Damit wird erreicht, dass alle Gemeinden durch Nutznießer der stationären Versorgung einen angemessenen Beitrag entsprechend ihrer Einwohnerzahl an der Krankenhausfinanzierung erbringen.</p> <p>In § 96 Verwaltungsverfahrensgesetz – VwVfG- in Verbindung mit der Verordnung zur Bestimmung der maßgebenden Einwohnerzahl nach dieser Vorschrift (Verordnung vom 2. Oktober 1988) ist festgelegt, welche Einwohnerzahlen zu Grunde zu legen sind, wenn ein Gesetz auf die Berechnung nach Einwohnerzahlen abstellt.</p>	